

Kurz und Bündig

Artikel

Kommentare

Stellungnahmen

Bernt Berger



10/2024

Der Kampf für den Frieden darf nicht zu innenpolitischen Verwirrungen führen!

Innenpolitische Kämpfe um Frieden, Diplomatie und Rüstungsexporte engen die Debatte ein und drohen, die Brisanz der aktuellen Situation zu überschatten.

Politische Streitereien darüber, wer das Sagen in der Friedensbewegung hat, oder das Für und Wider von Rüstungsexporten in die Ukraine machen die Debatte eng und lenken von den echten Gefahren ab. Nach dem Kalten Krieg dachten Politiker und Experten, dass man Konflikte lösen und dauerhaft Frieden schaffen kann. Es war nicht so, dass die Welt von alleine friedlicher wurde. Es ging darum, gezielt diplomatische Mittel zu entwickeln, die den Frieden sichern. Der Helsinki-Prozess und die KSZE-Vereinbarung halfen bereits, in Europa ein neues Sicherheitssystem zu schaffen, das auf Zusammenarbeit statt Abschreckung beruhte.

Russlands Angriff auf die Ukraine hat diese Sichtweise stark verändert. Der Begriff „Zeitenwende“, wie ihn Kanzler Olaf Scholz sagte, passt gut zur aktuellen Situation. Es gibt nicht nur Krieg in Europa, sondern bereits seit den 1990ern auch große Veränderungen in der Welt. Die neue Weltordnung, in der viele Länder erstarkt sind, entstand nicht gleichberechtigt. Sie hat sich unter der unilateralen Führung der USA entwickelt. Das führte zu Spannungen, besonders mit aufstrebenden Ländern wie China, Iran und Russland. Diese haben ihren Einfluss im Rest der Welt vergrößert. Aber auch Länder wie Indien, Israel oder die Türkei folgen anderen

Überlegungen in der Sicherheitspolitik. Auch sie setzen mehr auf militärische Gleichgewichte und weniger auf Friedenspolitik.

Die Lage in Europa ist besorgniserregend: Es gibt kaum Mittel, den Frieden zu sichern. Die Veränderungen in der Weltpolitik haben eine unsichere Lage geschaffen, in der das militärische Gleichgewicht und Abschreckung, auch entgegen unserer Überzeugung, wieder wichtig werden. Das heißt nicht, dass das Streben nach Frieden nicht richtig ist. Aber die Welt ist in einer solch ungewissen Situation, dass neue Strategien gebraucht werden.

Die Diskussion in Deutschland ist sehr gespalten. Es geht um Diplomatie, Waffenlieferungen an die Ukraine und die Frage des Friedens. Einige Experten sprechen über Verhandlungen nach Erfolgen im Krieg, andere sagen, dass es keine Alternative zum Frieden gibt. Dieser Streit wird sowohl in der Öffentlichkeit als auch, wie zuletzt, in der Friedensbewegung zum Austragungsort für politische Kämpfe, was dem Ziel des Friedens nicht hilft. Regierungen müssen jenseits dieser Diskussionen Entscheidungen treffen. Dabei reagieren sie auf die internationalen Herausforderungen und nicht auf die innenpolitischen Diskussionen. Es entsteht eine große Informationslücke, die Misstrauen

schafft.

Die Welt hat sich gewandelt. Deutschland und die EU haben eine lange Geschichte der Friedenspolitik, aber die heutigen Probleme sind schwieriger als je zuvor. Es geht nicht um militärische Einsätze und Landgewinne, sondern auch um Macht und Einfluss in der Welt. Dies geschieht auf Kosten kleinerer Staaten, die nicht die Ressourcen haben, sich zu verteidigen. Die Spannungen in der Welt sind nicht mehr nur Theorie, sie zeigen sich in echten Konflikten, wie in der Ukraine und dem Nahen Osten. Amerikas Schwenk nach Asien und die starke Rolle von Ländern wie Russland und Iran zeigen, dass die alte, von den USA geführte Weltordnung in Frage gestellt wird. Die Kontrolle über Atomwaffen wird schwächer, und es entstehen neue Technologien und Kriegsorten, die die bisherigen Sicherheitsarchitekturen aufweichen. Deshalb muss das militärische Gleichgewicht neu eingeschätzt werden.

Russland und China haben ein ähnliches Anliegen: die Weltordnung neu ausbalancieren, und dafür brauchen sie militärische Zusammenarbeit. Russland will mit der Besetzung der Ukraine keine endgültige Lösung, sondern durch Machtdemonstrationen, neben einer von Moskau dominierten Sicherheitsordnung in Europa, die neue Weltordnung festigen. China sieht durch Moskaus direkte und indirekte Interventionen in heißen Konflikten wie in der Ukraine, im Nahen Osten oder der koreanischen Halbinsel seine Interessen gefährdet. Aber beim übergeordneten Ziel ist man sich einig.

Die Notwendigkeit, erneut militärische Abschreckung aufzubauen und ein militärisches Gleichgewicht zu schaffen, wird uns von Russland damit aufgezwungen. Diplomatie als Mittel wurde von Seiten Russlands abgelehnt. Existierende Grundpfeiler der Sicherheitsarchitektur wurden von Moskau zum Teil ausgesetzt. Offizielle und inoffizielle diplomatische Initiativen der Schweiz haben wenig Erfolg gehabt.

Deutschland und Europa brauchen Geschick, um richtig auf diese Veränderungen zu reagieren und die Verteidigung zu gewährleisten. Die Zukunft der

sicherheitspolitischen Rolle der USA in Europa ist ungewiss. Da Russland jedoch gerade diese als Regionalmacht ernst nimmt, ist es an Europa, eigene Kapazitäten aufzubauen, um mit Moskau auf Augenhöhe zu erreichen. Das unbedingte Ziel muss es sein, einen Rüstungswettlauf und weitere Kriege zu verhindern sowie Gleichgewicht zu schaffen, das Diplomatie ermöglicht. Nur so kann der Weg zu einer neuen Friedenspolitik und Friedensordnung in Europa und anderswo geebnet werden.

Die deutsche Innenpolitik spielt in dieser Lage eine wichtige Rolle. Die Diskussionen über Waffenlieferungen und Friedenspläne dürfen nicht von ideologischen Streitigkeiten und populistischen Reden beherrscht werden. Insbesondere sollte populistische Mobilisierung der Friedensbewegung nicht ebenso erwidert werden.

Es ist wichtig, offen mit den Bürgern zu sprechen und sie über die schwierige Weltlage zu informieren. Schein-Debatten über Waffenlieferungen oder Diplomatie lenken von den tatsächlichen Herausforderungen ab. Es bedarf klarer Aussagen über unausweichliche zukünftige Entscheidungen, um die Menschen frühzeitig mitzunehmen.

Zusammenfassend müssen drei zentrale Herausforderungen bewältigt werden: Man muss Schein-Debatten vermeiden: Es darf nicht allein um die Ukraine und das Für und Wider der Waffenlieferungen gehen, sondern um den Trend hin zu einer multipolaren Weltordnung. Die Diskussion über Krieg und Frieden darf nicht in der populistischen Arena geführt werden. Stattdessen muss Vertrauen in die Politik aufgebaut werden, da in der strategischen Sicherheitspolitik Transparenz und öffentliche Debatten nicht immer möglich sind. Das braucht klare Worte und eine gute Zusammenarbeit mit den Medien.

Ehrliche Diskussionen über liberale Werte: Der Begriff „Liberalismus“ wird außerhalb des „Westens“ oft mit der alten Weltordnung unter Führung der USA verbunden und kritisiert. Es muss klar sein, dass wir unsere Grundüberzeugungen und Solidarität in Bereichen der Menschenrechte nicht

aufgeben. Gleichzeitig sind wir mit dem internationalen Dilemma konfrontiert, dass Frieden auch Zusammenarbeit mit autoritären Ländern braucht. Das beinhaltet oft schwierige Entscheidungen und ausgewogene Diplomatie.

Nur durch offene und ehrliche Gespräche kann man die politische Situation in Deutschland beruhigen und Einigkeit für schwierige, aber notwendige Entscheidungen schaffen. Dafür braucht es eine breite Öffentlichkeit und damit verbunden eine neue Form der Friedensbewegung. Nur so können wir wirklich und effektiv als Gesellschaft für den Frieden arbeiten.

Mit solidarischen Grüßen

Euer Kandidat für den Wahlkreis 7 - Pinneberg

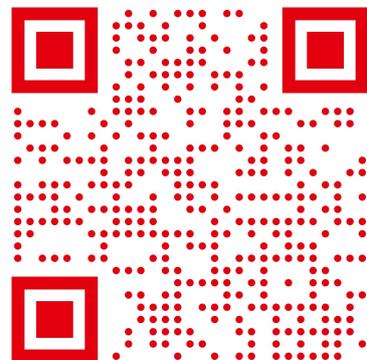


Bernt Berger

Facebook:



Website:



Kontakt:

<https://www.bernt-berger.de>
berger@spd-wedel.de